Amerika nach den „Midterms" – Anfang vom Ende oder Ende des Anfangs der Trump-Ära?

Philipp Adorf

Einleitung

Das Jahr 2018 endete in den Vereinigten Staaten auf einer chaotischen Note, die Donald Trumps zweites Amtsjahr in gewisser Hinsicht perfekt abschloss. Agierte der Präsident in den ersten zwölf Monaten noch zumeist als konventioneller Republikaner in Fragen der Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik, so entschied er sich im Frühjahr einen Handelskonflikt mit „Gegnern" wie China und Verbündeten wie der EU und Kanada zu entfachen. Vormalige Weggefährten wie der ehemalige Außenminister Rex Tillerson wurden von Trump öffentlich als „dumb as a rock" denunziert während insgesamt ein beispielloser Verschleiß an Führungspersonal fortgeführt wurde, der im Dezember in der Suche eines neuen – und nunmehr dritten – Stabschefs des Weißen Hauses sowie Verteidigungsministers gipfelte. Hinzu kam der längste „Government Shutdown" in der Geschichte des Landes, ausgelöst durch Trumps Entscheidung, in letzter Sekunde einem Übergangshaushalt seine Unterschrift zu verwehren, da dieser keine Mittel für seine Grenzmauer vorsah.

Der Haushaltsdisput gibt Aufschluss über potenzielle zukünftige Konflikte in der amerikanischen Hauptstadt. Am 3. Januar übernahm die Demokratische Partei die Kontrolle über das Repräsentantenhaus. War Donald Trump schon in den beiden Jahren davor eher selten in der Lage, legislative Erfolge zu feiern, so ist zu erwarten, dass die Demokraten in der unteren Kammer alles daransetzen werden, die Vorstöße der Regierung im Keim zu ersticken. Dazu kommen die Möglichkeiten, mit den neuerlangten Vorsitzen der Ausschüsse des Repräsentantenhauses fragwürdigen Verstrickungen Trumps sowie seiner Regierungsmitglieder nachzugehen beziehungsweise offen zu legen. Dies dürfte nicht zuletzt auch Folgen für die Besetzung von Ämtern innerhalb der Trump-Regierung haben. Eine Vielzahl von potenziellen Kandidaten für die Neubesetzung der Position des Stabschefs des Weißen Hauses nahmen ihre Namen aus dem Rennen für diesen Posten; wohlwissend, dass die Demokraten in den nächsten beiden Jahren jede Person in der Sphäre Donald Trumps und deren Vergangenheit genau inspizieren werden.

Dr. Philipp Adorf
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

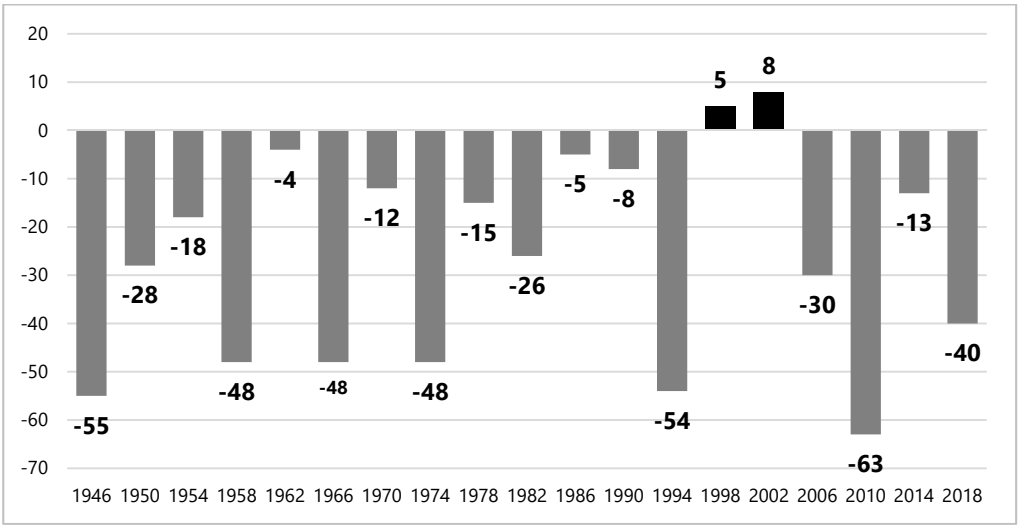
Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 68. Jahrg., Heft 1/2019, S. 34-40 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v68i1.04

Es stellt sich also die Frage, ob wir uns bereits inmitten der Dämmerung der Trump-Ära befinden. Gab es vom ersten Tag seiner Amtszeit Forderungen, der Präsident müsse des Amtes enthoben werden, so kann dank der Mehrheitsverhältnisse das Amtsenthebungsverfahren nunmehr einzig und allein mit demokratischen Stimmen im Repräsentantenhaus eingeleitet werden. Um Trump aber schlussendlich aus dem Weißen Haus zu entfernen, müssen auch fast 40 Prozent aller republikanischen Senatoren von einem verfassungswidrigen Verhalten des Präsidenten überzeugt werden. Die für Trumps unmittelbare Zukunft zentrale Frage lautet somit, inwieweit das schlechte Zwischenwahlergebnis und die ersten beiden Jahre im Amt die Position des Präsidenten in den eigenen Reihen in einem Ausmaß erschüttert haben, dass ein vorzeitiges Ende der Trump-Ära durch die republikanische Elite eingeleitet werden könnte.

Die Zwischenwahlen – Wie geschwächt geht Trump aus ihnen hervor?

Im November 2018 musste die Republikanische Partei eine schmerzliche Niederlage in den Wahlen zum Repräsentantenhaus hinnehmen. Kontrollierten die Republikaner seit ihrem historischen Wahlsieg in den Zwischenwahlen 1994 die Kammer für 20 der letzten 24 Jahre, so konnten die Demokraten dieses Mal insgesamt 40 Wahlkreise hinzugewinnen, um 235 Sitze und zum ersten Mal seit acht Jahren eine Mehrheit zu erhalten (Mehrheit ab 218 Sitzen). Ein genauerer Blick zeigt jedoch auf, dass die republikanischen Verluste historisch gesehen auf einem für die Partei des Präsidenten eher zu erwartenden Niveau lagen. Lag die Zustimmungsquote zur Arbeit des Präsidenten unter 50 Prozent (bei Trump stand dieser Wert im November 2018 bei ungefähr 42 Prozent), so zeigen Daten des Meinungsforschungsinstituts Gallup auf, dass die Partei des Präsidenten seit der ersten Zwischenwahl nach dem Zweiten Weltkrieg (1946) durchschnittlich 37 Sitze verloren hat (vgl. J. Jones 2018). Sowohl Bill Clinton (ein Verlust von 54 Sitzen; 1994) als auch Barack Obama (ein Verlust von 63 Sitzen; 2010) mussten gar größere Verluste als Donald Trump in ihren ersten *Midterms* hinnehmen.

Abbildung 1: Zahl der verlorenen/gewonnenen Sitze der Partei des Präsidenten in den Zwischenwahlen zum Repräsentantenhaus, 1946-2018:

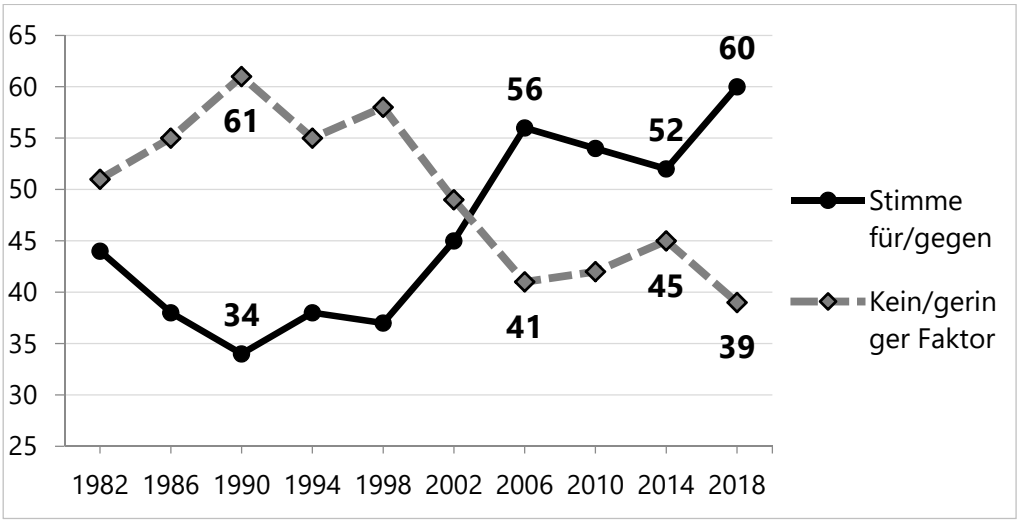


Daten: Clerk of the U.S. House of Representatives

Die komfortable Wiederwahl beider Präsidenten zwei Jahre später zeigt nicht zuletzt auch auf, dass ein desaströses Zwischenwahlergebnis nicht als Zeichen für den unvermeidlichen Abgang eines Amtsinhabers gewertet werden sollte. Besorgniserregend für Trump-Unterstützer ist jedoch, dass zum Zeitpunkt ihrer Wiederwahl deutliche Mehrheiten der Bevölkerung der Arbeit Obamas (+8) und Clintons (+18) zustimmten – Trumps Zustimmungsquote befindet sich hingegen fast vom ersten Tag an im negativen Bereich (Januar 2019: -22 Prozentpunkte; Umfragewerte von Gallup). Gleichzeitig sollte das Wahlergebnis jedoch auch nicht als Indikator einer Schwächung des Präsidenten in den eigenen Reihen gesehen werden. Im Senat konnten die Republikaner ihre Mehrheit ausbauen und besitzen nunmehr 53 der 100 Sitze (51 vor der Wahl), gerade da 2018 Wählerinnen und Wähler in vier von Trump gewonnenen Einzelstaaten sich gegen die dortigen demokratischen Amtsinhaber entschieden (Florida, Indiana, Missouri, North Dakota). Zum Zeitpunkt der Zwischenwahl genoss der Präsident in diesen Einzelstaaten zudem eine positive Zustimmungsrate. Die neuen republikanischen Senatoren wissen also, dass eine Zusammenarbeit mit der anderen Partei gegen den eigenen Präsidenten für die persönlichen Zustimmungswerte hingegen desaströse Folgen haben kann.

Trotzdem lässt sich konstatieren, dass die Niederlage im Repräsentantenhaus insbesondere mit der fehlenden Popularität des Präsidenten innerhalb der Gesamtwählerschaft verbunden war. Spielte der Präsident in der Vergangenheit im Entscheidungsprozess der Wählerinnen und Wähler in den Zwischenwahlen eine eher untergeordnete Rolle, so antwortet seit 2006 eine Mehrheit der Amerikaner, dass ihre Stimmabgabe in der Kongresswahl als Stimme für oder gegen den jeweiligen Präsidenten gewertet werden kann. 2018 wiesen lokale Faktoren eine geringere Relevanz denn je vor (Abbildung 2).

Abbildung 2: Sehen sie Ihre Stimme in der Kongresswahl als Stimme für den Präsidenten, gegen den Präsidenten, oder spielt dieser keine oder eine untergeordnete Rolle?



Daten: Pew Research Center 2018.

Diese Bedeutung der nationalen Politik und die persönlichen Ansichten zum Präsidenten erklären auch die republikanischen Gewinne im Senat. Insgesamt traten in den Zwischenwahlen 2018 zehn demokratische Senatorinnen und Senatoren in Einzelstaaten an, die Trump zwei Jahre zuvor oft komfortabel gewinnen konnte. Wie bereits erwähnt, mussten vier von ihnen schlussendlich ihren Platz im Senat räumen. Dies ist in Anbetracht der jüngeren Zwischenwahlergebnisse ein Wert durchaus historischen Ausmaßes. In den neun *Midterms* zwischen 1982 und 2014 traten insgesamt 42 Senatorinnen und Senatoren der „Oppositionspartei" (also der Partei, die nicht das Weiße Haus kontrolliert) aus Einzelstaaten zur Wiederwahl an, die zwei Jahre zuvor den Kandidaten der anderen Par-

tei zum Präsidenten gemacht hatten. In 39 dieser 42 Fälle (93%) traten sie als Sieger hervor – insgesamt mit einem durchschnittlichen Vorsprung von 22 Prozentpunkten (vgl. Enten 2017). Auch gerade aufgrund der Popularität Trumps innerhalb der konservativen Wählerschaft, konnten Demokraten in „tiefroten“ Regionen des Landes dieses Mal ihre Plätze im Senat jedoch deutlich seltener behaupten.

Donald Trumps präsidentielle Agenda und seine Stellung in der eigenen Partei

Nach nunmehr zwei Jahren im Amt ist Trump weiterhin ein Präsident, dessen Zustimmungswerte im historischen Vergleich niedrig sind. Diese Statistiken sollten jedoch nicht zur Interpretation verleiten, der Präsident werde in den eigenen Reihen infrage gestellt. Während unter Amerikanern, die der Demokratischen Partei nahestehen die Zustimmung zur Arbeit des Präsidenten 2018 fast durchweg im einstelligen Bereich lag, fanden sich unter Republikanern Werte zwischen 85 und 90 Prozent vor. Diese Zahl übertrifft gar die Zustimmung, die Barack Obama in seinem zweiten Amtsjahr unter Demokraten erhielt. Insgesamt vertrauen republikanische Wähler auch eher dem Präsidenten als der eigenen Partei: 67 Prozent sind der Ansicht, die Politik des Präsidenten bewege das Land definitiv in die richtige Richtung; ein Wert der bei nur 55 Prozent bezogen auf die generelle Republikanische Partei liegt (vgl. Vandermaas-Peeler et al. 2017).

Diese Zahlen verdeutlichen, warum die republikanische Elite sich dem Präsidenten in nur wenigen Aspekten widersetzt. Ein weiterer elementarer Punkt, der die Popularität Trumps innerhalb der Basis und die Akzeptanz seines unorthodoxen Regierungsstils in der Parteiführung erklärt, lässt sich in den politischen Vorstößen der Regierung finden. Alle Flügel der Republikanischen Partei – gerne auch von Ronald Reagan als „Stuhl mit drei Beinen“ bezeichnet – wurden zumindest in den ersten zwölf Monaten der Trump-Präsidentschaft fast gänzlich zufrieden gestellt: Forderungen von „Falken“ (*national security conservatives*), den sozio-kulturell und religiös konservativen Gruppen (*social conservatives*) sowie den Befürwortern eines schlanken Staates (*free-market conservatives*) schafften es auf die Agenda der Regierung. Deren einzig wahrlich bemerkenswerter legislativer Erfolg kam im Dezember 2017 mit einer Steuerreform, die insbesondere die hohen Einkommen und Unternehmen entlastete.

In den Bereichen der Deregulierung und des Umweltschutzes hat Trump die traditionelle republikanische Forderung nach einem passiven Staat umgesetzt wie kaum ein zweiter Republikaner. Im Vergleich zu den ersten 18 Monaten der Obama-Präsidentschaft brach die Regulierungstätigkeit der Bundesbehörden um ungefähr 70 Prozent ein (vgl. Dudley 2018). Den Vorsitz der Umweltbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*) erhielt mit Scott Pruitt ein Politiker, der in seiner Kapazität als Generalstaatsanwalt Oklahomas die Behörde aufgrund ihrer vermeintlich zu restriktiven Umweltstandards 14 Mal verklagt hatte – in 13 Fällen zusammen mit Unternehmen aus dem Industrie- und Energiesektor, die von den Regularien direkt betroffen waren (vgl. Lipton/Davenport 2017). Die Führung der nach der jüngsten Finanzkrise gegründeten Verbraucherschutzbehörde für Finanzdienstleistungen (CFPB) übernahm im November 2017 Mick Mulvaney, der diese vormals als „kranken, traurigen Witz“ bezeichnet hatte. Direkt nach der Übernahme ordnete Mulvaney eine Überprüfung aller bestehenden Ermittlungen gegen Finanzunternehmen an und setzte Neueinstellungen aus (vgl. Silver-Greenberg/Cowley 2017).

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung Trump gerne ein befremdliches Ausmaß an Russophilie vorgeworfen wird, erscheint die offizielle Politik des Präsidenten alles andere als russlandfreundlich. Sanktionen gegen Russland sowie die Lieferung von Waffen an die Ukraine wurden vom Präsidenten unterzeichnet. In anderen Bereichen der Außenpolitik agierte Trump oft ferner wie ein konventioneller Republikaner. Anstatt Truppen in die Heimat zurückzuholen, stockte Trump im August 2017 gar die Zahl der amerikanischen Soldaten in Afghanistan auf. Die christlich-konservative Basis steht ebenso unerschütterlich hinter Trump – trotz seiner Skandale und außerehelichen Affären. Dies ist nicht zuletzt der Fall, da Trump sich – zumindest auch hier entsprechend seiner offiziellen Agenda – als Kämpfer für konservative gesellschaftspolitische Werte bewährt hat. Fortschritte bei den Rechten Homo- und Transsexueller wurden unter ihm wieder zurückgedreht und Maßnahmen gegen Abtreibung auf föderaler Ebene in einer Dimension umgesetzt, wie man sie selbst unter dem evangelikalen Christen George W. Bush nicht sah (vgl. Greenberg 2017).

Seit dem Beginn der „Handelskriege“ scheint Trump immer wieder Versuche zu unternehmen,

sich vom Partei-Establishment zu emanzipieren. Wie die Zustimmungswerte unter republikanischen Wählern zeigen, nicht unbedingt zum Nachteil des Präsidenten. Dass Freihandel in der republikanischen Wählerschaft allgemein mit mehr Argwohn betrachtet wird als unter Demokraten (vgl. R. Jones et al. 2016, S. 51), zeigt auf, warum das konservative Establishment in diesem Politikbereich ebenfalls nur zaghafte Versuche unternommen hat, die Kompetenzen des Präsidenten zu begrenzen. Auch wenn seitens führender republikanischer Politiker gerne behauptet wird, die Partei sei in der amerikanischen Politik der größte Befürworter von freien Märkten und freiem Handel, müssen auch sie konstatieren, dass der Abbau von Handelsbarrieren an der Basis heute wenig Zuspruch genießt.

Der Kongress wird wieder seiner Kontrollfunktion nachkommen

Mag die Stellung Trumps in den eigenen Reihen sicherer denn je sein, so wird das jüngste Wahlergebnis trotzdem dafür sorgen, dass die zweite Hälfte seiner ersten Amtszeit für Trump und sein gesamtes Regierungsteam erheblich strapaziöser als die ersten 24 Monate sein wird. Nachdem die Demokraten im Repräsentantenhaus die Mehrheit übernommen haben, können sie ohne jegliche Unterstützung ihres politischen Gegners ein Amtsenthebungsverfahren einleiten. Zum *Impeachment* reicht eine einfache Mehrheit in der unteren Kammer des Kongresses aus. Wichtig zu verstehen ist hierbei, dass ein *Impeachment* allein nicht zum Ende einer Präsidentschaft führt. In der Geschichte der Vereinigten Staaten wurden bis jetzt zwei Präsidenten *impeached*: Andrew Johnson (1868) und Bill Clinton (1998). Beide blieben jedoch im Amt, da die notwendige Mehrheit zur schlussendlichen Amtsenthebung im Senat (zwei Drittel) nicht erreicht wurde. Auch bezogen auf Präsident Trump erscheint dies gerade aufgrund seiner Popularität in der eigenen Wählerschaft unwahrscheinlich. Um Trump des Amtes zu entheben, müssten neben allen Demokraten im Senat zudem 20 der 53 republikanischen Senatoren dem demokratischen Vorstoß ihre Unterstützung erteilen. Der dadurch an der Basis ausgelöste Zorn könnte enorme negative Auswirkungen auf die Wiederwahlchancen der entsprechenden republikanischen Akteure haben. Dazu kommt, dass beispielsweise nur noch zwei republikanische Senatoren aus Einzelstaaten kommen, die 2016 von Hillary Clinton gewonnen wurden (Susan Collins [Maine] und Cory Gardner [Colorado]). Generell ist die Zahl der Republikaner, die durch eine Opposition zu Trump versuchen könnten, in ihrer Heimat zu punkten, verschwindend gering.

Zudem stellt sich die fundamentale Frage, inwieweit es im Interesse der Demokratischen Partei ist, ein Verfahren anzustrengen, dessen erwünschter Ausgang höchst fragwürdig ist. Im Herbst 1998 stiegen Bill Clintons Zustimmungswerte inmitten der republikanischen Versuche, ihn aus dem Amt zu entfernen. Neben der ersten Kongress-Zwischenwahl nach dem 11. September 2001, war Clinton seit dem Zweiten Weltkrieg der einzige Präsident, dessen Partei in den Zwischenwahlen Sitze im Repräsentantenhaus hinzugewinnen konnte (1998; siehe auch Abbildung 1). Ein *Impeachment*-Verfahren birgt in sich die Gefahr, dass es den Zusammenhalt der gegnerischen Seite intensiviert und Trumps Wählerschaft dazu motiviert, dessen Wiederwahlgesuch zu unterstützen. Dementsprechend versucht die demokratische Parteiführung um Nancy Pelosi (Repräsentantenhaus) und Chuck Schumer (Senat) auch die Hoffnungen des linken Flügels in dieser Frage zu dämpfen, wenn nicht gar im Keim zu ersticken.

Wichtiger als das Werkzeug des *Impeachment* kann vielmehr der demokratische Vorsitz in den Ausschüssen des Repräsentantenhauses, insbesondere der Justiz- und Überwachungsausschüsse, sein. Unter anderem mit der Aufgabe der Kontrolle der Arbeit des Präsidenten und Justizministeriums bedacht, haben die Demokraten in den letzten beiden Jahren beklagt, dass viele ihrer Anfragen in beiden Ausschüssen unbeachtet blieben und die republikanischen Mehrheiten nicht ihrer Kontrollfunktion nachkamen. Seit einer durch die damalige republikanische Mehrheit umgesetzte Regeländerung im Jahre 2015 besitzen die Vorsitzenden mehrerer Ausschüsse auch das Recht, auf eigene Initiative Personen vorzuladen. Anfragen nach Dokumenten und eben diese Vorladungen können in den nächsten beiden Jahren den Trump'schen Regierungsapparat zum Erliegen bringen. Fast in Vergessenheit geratene Fragen wie beispielsweise Donald Trumps immer noch geheim gehaltene Steuererklärungen werden aller Voraussicht nach erneut Aufmerksamkeit erhalten. Der Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses erkundet bereits rechtliche Schritte, um Dokumente der privaten Konversationen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin zu erlangen.

In Anbetracht des Schicksals Paul Manaforts – Trumps Wahlkampfmanager für zwei Monate im Sommer 2016, der inzwischen aufgrund verschiedener Vergehen, die seiner Zeit in der Kampagne vorausgingen, im Gefängnis gelandet ist – werden es sich zukünftige potenzielle Mitarbeiter der Trump-Regierung gründlich überlegen, ob ein Posten die verbundenen rechtlichen Kosten und die Durchleuchtung der eigenen Vergangenheit wert ist. Manafort wäre ohne sein Amt kaum ins Fadenkreuz der Mueller-Ermittlungen gekommen. Diese Bedenken mögen auch einer der Gründe sein, warum sich Trumps Suche nach einem neuen Stabschef des Weißen Hauses im Dezember 2018 als durchaus langwierig erwies und er nach mehreren Absagen den bereits erwähnten Mick Mulvaney als „amtierenden“ Stabschef einsetzte.

2019, 2020, oder erst 2024 – wann kommt das Ende der Trump-Ära?

Auch wenn sich Donald Trump in den nächsten beiden Jahren mit einem Kongress konfrontiert sieht, der die Arbeit des Präsidenten deutlich stärker durchleuchtet, muss dies für die Wiederwahlchancen des Republikaners nicht unbedingt von Nachteil sein. Trump liebt den Konflikt und die Dämonisierung seiner politischen Gegner – egal welcher Partei diese angehören. Eigene Erfolge scheint Trump nur dann zu genießen, wenn sie mit der Demütigung der Kontrahenten einhergehen. Die Arbeit eines demokratischen Repräsentantenhauses mag republikanischen Wählern zudem gar die Notwendigkeit einer zweiten Amtszeit Trumps mit Nachdruck aufzeigen, insbesondere wenn der gewachsene linksliberale Flügel der Demokraten mehr Einfluss für sich beansprucht.

Aus den eigenen Reihen scheint Trump nur wenig Opposition befürchten zu müssen, wie der „Government Shutdown“ noch einmal eindrucksvoll bewiesen hat. Für seine in einem Kommentar in der Washington Post publizierte Kritik an Trump wurde Mitt Romney von seinen republikanischen Kollegen aus dem Senat gar scharf zurechtgewiesen. Die Entscheidung des Präsidenten, durch die Erklärung des Notstands an der Grenze zu Mexiko Finanzmittel für seinen Grenzwall abzuzweigen, führte hingegen durchaus auch auf konservativer Seite zu Kritik. Die Befürchtung lautet, dass zukünftige demokratische Präsidenten zur Umsetzung ihrer Ziele (Klimapolitik, Verschärfung der Waffengesetze) ebenso den Kongress umgehen könnten. Generell lösten in den ersten beiden Amtsjahren Trumps zahlreiche Skandale sowie seine Missachtung demokratischer Normen und Konventionen unter den Republikanern im Kongress nur zaghafte Kritik aus – zu gefährlich erschien und erscheint weiterhin eine klare Positionierung gegen den an der Basis populären Präsidenten. Ebenso setzte dieser zumindest in den ersten zwölf Monaten die Wünsche des konservativen Establishments in fast allen Politikbereichen um. Es erscheint somit unwahrscheinlich, dass ein Ende der Trump-Ära aus den eigenen Reihen eingeläutet wird.

Bleibt somit die Frage offen, ob Donald Trump als erster Präsident in fast drei Jahrzehnten das Weiße Haus nach nur einer Amtszeit verlassen muss (zuletzt war dies 1992 George H.W. Bush). Bezogen auf Trumps Wiederwahlgesuch scheint die „magische Zahl“ bezüglich der Zustimmungsquote bei 49 Prozent zu liegen: Seit 1940 hat jeder Präsident mit diesem Wert seine Wiederwahl gewonnen. Lag die Zustimmungsrate zu seiner Arbeit zum Zeitpunkt der Wahl hingegen bei 48 Prozent oder weniger, musste er nach vier Jahren im Weißen Haus wieder ausziehen (vgl. Silver 2011). Diese Zahl sollte bei Trump und seinen Unterstützern zu erheblichen Sorgen führen. Seit der traditionellen Hochphase zu Anfang seiner Präsidentschaft (in der Trump auch nur eine Zustimmung von ungefähr 45 Prozent vorwies), schafft es Donald Trump nur selten über 42 bis 43 Prozent hinauszukommen. Diese Werte beinhalten bereits ein Ausmaß an Zustimmung in den eigenen Reihen, das sich kaum ausbauen lässt. Der für eine erfolgreiche Wiederwahl wahrscheinlich notwendige Popularitätsanstieg von einigen Prozentpunkten bedarf somit eines moderateren Kurses, der eher unabhängige Wähler anspricht.

Eine Kurskorrektur der Mäßigung erscheint bei Trump äußerst unwahrscheinlich. Das zweite Amtsjahr und die Wahlkampfstrategie in den *Midterms* haben aufgezeigt, dass der Präsident in schwierigen Zeiten zu den Themen zurückkehrt, mit denen er das Präsidentschaftsamt gewinnen konnte und die seine Basis zufriedenstellen: Migration und Nationalismus. Dies lässt sich auch an der Ausrufung des nationalen Notstands an der Grenze erkennen; eine Entscheidung, die in der allgemeinen Wählerschaft noch unpopulärer als die Mauer selbst ist (vgl. Silver 2019). Dazu kommt Trumps Umfeld im Weißen Haus, das seinen Vorstößen immer weniger Einhalt gebietet. Während des Shutdowns beklagte der Präsident

auf Twitter, dass er „all alone“ im Weißen Haus sei (während die Abgeordneten des Kongresses sich im Weihnachtsurlaub befanden). Dies wird in den nächsten beiden Jahren wahrscheinlich stärker denn je der Fall sein. Potenzielle Mitarbeiter, die eh durch Trumps Beratungsresistenz abgeschreckt sind, werden sich zweifelsfrei die Frage stellen, ob es für ihre Karriere sinnvoll ist, Teil einer Regierung zu sein, deren Wiederwahlchancen eher gering erscheinen und deren Mitarbeiter zudem nunmehr in allen Bereichen durch die Demokraten in den Ausschüssen des Repräsentantenhauses beleuchtet werden. Die sogenannten „Erwachsenen im Raum“, die Trumps impulsive Art bändigen sollten – dies aber schlussendlich auch nur mit geringem Erfolg getan haben – sind am Anfang des Jahres 2019 nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Mattis nunmehr alle verschwunden. Die nächsten beiden Jahre versprechen somit noch turbulenter als die ersten 24 Monate der Trump-Regierung zu werden.

Quellen

Dudley, Susan E. (2018): Documenting Deregulation. *Forbes*, 14. August, https://www.forbes.com/sites/susandudley/2018/08/14/documenting-deregulation/ (Abruf am 17.01.2019).

Enten, Harry (2017): Why The 2018 Senate Elections Are Looking Bad For Both Parties. *FiveThirtyEight*, 22. Mai, https://fivethirtyeight.com/features/why-the-2018-senate-elections-are-looking-bad-for-both-parties/ (Abruf am 17.01.2019).

Greenberg, Jon (2017): Yes, Trump's 'Mexico City' abortion policy puts global health money at risk. *Politifact*, 1. Februar, https://www.politifact.com/global-news/statements/2017/feb/01/jeanne-shaheen/yes-trumps-abortion-policy-puts-global-health-mone/ (Abruf am 17.01.2019).

Jones, Jeffrey M. (2018): Midterm Seat Loss Averages 37 for Unpopular Presidents. *Gallup*, 12. September, https://news.gallup.com/poll/242093/midterm-seat-loss-averages-unpopular-presidents.aspx (Abruf am 17.01.2019).

Jones, Robert/Cox, Daniel/Dionne, Jr., E.J./ Galston, William A./Cooper, Betsy/ Lienesch, Rachel (2016): How Immigration and Concerns About Cultural Changes are Shaping the 2016 Election. *Public Religion Research Institute/Brookings Institution*, 23. Juni, https://www.prri.org/wp-content/uploads/2016/06/PRRI-Brookings-2016-Immigration-survey-report.pdf (Abruf am 17.01.2019).

Lipton Eric/Davenport, Coral (2017): Scott Pruitt, Trump's E.P.A. Pick, Backed Industry Donors Over Regulators. *New York Times*, 14. Januar, https://www.nytimes.com/2017/01/14/us/scott-pruitt-trump-epa-pick.html (Abruf am 17.01.2019).

Pew Research Center (2018): Voters More Focused on Control of Congress – and the President – Than in Past Midterms. 20. Juni. http://www.people-press.org/2018/06/20/voters-more-focused-on-control-of-congress-and-the-president-than-in-past-midterms/ (Abruf am 17.01.2019).

Silver, Nate (2019): Trump Keeps Doubling Down On The Same Failed Strategy. *FiveThirtyEight*, 14. Februar, https://fivethirtyeight.com/features/trump-border-wall-national-emergency/ (Abruf am 18.02. 2019)

Silver, Nate (2011): Approval Ratings and Re-Election Odds. *FiveThirtyEight*, 28. Januar, https://fivethirtyeight.blogs.nytimes.com/2011/01/28/approval-ratings-and-re-election-odds/ (Abruf am 17.01.2019).

Silver-Greenberg, Jessica/Cowley, Stacy (2017): Consumer Bureau's New Leader Steers a Sudden Reversal. *New York Times*, 5. Dezember, https://www.nytimes.com/2017/12/05/business/cfpb-mick-mulvaney.html (Abruf am 17.01.2019).

Vandermaas-Peeler, Alex/Cox, Daniel/Frisch-Friedman, Molly/Jones, Robert P. (2017): One Nation, Divided, Under Trump: Findings from the 2017 American Values Survey. *Public Religion Research Institute*, 5. Dezember, https://www.prri.org/research/american-values-survey-2017/ (Abruf am 17.01.2019).